



Robert Hinke: Gewerkschaftliche Repräsentationskrise
Knut Lambertin: GKV-Beiträge belasten die Beschäftigten

Beiträge u.a. von
Isa Stolz, Ulrike Eifler,
Arno Gottschalk, Alban Werner,
Heinz Bierbaum/Michael Brie,
Michael Heine/Hansjörg Herr,
Joachim Bischoff, Stephan Krüger

Forum
Gewerkschaften

\$40 trillion



The U.S.'s gross national debt hit a grim milestone on Wednesday. The country is on track to borrow more than \$2 trillion in 2026, including for spending on the war in Iran and President Trump's tax cuts.

Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Trumps Zollstreit mit Kanada

Der US-Präsident liebt Zölle. Solche in Höhe von 50% gegen Waren aus Kanada sollen erneut nun helfen, die negative Handelsbilanz der USA zu sanieren. Die Handelsgespräche zwischen den USA und Kanada sind gescheitert, von den neuen Zöllen sind etwa Hockeyschläger, Möbel und Milchprodukte betroffen. [...]

USA scheitern im Iran-Krieg trotz VAE-Embargo

Im Iran-Krieg haben die USA (und Israel) nicht nur ihre ursprünglichen Ziele für die militärische Intervention aufgegeben, auch die in einem Rahmenabkommen vereinbarte Waffenruhe ist verstrichen, ohne dass es zu einer Anschlussregelung gekommen ist. [...]

Spanien: Erfolgreiche Wirtschaftspolitik

Spanien zeigt, dass progressive Wirtschaftspolitik Erfolge beschert: Statt auf Budgetkonsolidierung setzte die Regierung auf eine mutige Mindestlohnpolitik, öffentliche Investitionen und stabiles Staatsausgabenwachstum, progressive Arbeitsmarktreformen und gezielte Markteingriffe gegen die Teuerung. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heißer Herbst in der Republik

Redaktion Sozialismus.de: Gegen das »Flachzangen-Regime« der sogenannten Altparteien. Die AfD greift nach der politischen Macht 2

Paul Wellsow: Schrei vor Glück? Online-Modehändler-Zalando schließt den Standort Erfurt, 2.700 Jobs fallen weg 5

Claus-Jürgen Göpfert: Die Angst geht um in Zwickau. Der Kampf gegen die drohende Schließung des VW-Werkes und für den Erhalt der Demokratie 8

Wolfgang Müller: VW-Konzernchef Blume, die Konkurrenz aus China und die Profitraten. Was dem Autosektor wirklich helfen würde 12

Arno Gottschalk: Die Legende von der Kapitalrente als Wachstumsmotor Eine Antwort auf Jens Südekum und Katherina Reiche 17

Björn Radke: Klima- und Hitzeschutz ohne Plan! 21

Wie stellt sich Die Linke auf?

Alban Werner: Zu welchem Ende gibt sich Die Linke ein Parteiprogramm? Einordnung, Anforderungen, Widersprüche und gesellschaftliches Umfeld 24

Heinz Bierbaum/Michael Brie: Strategische Neuorientierung der Partei Die Linke 29

Sackgassen

Joachim Bischoff: »Schuldenkönig Donald Trump Erstmals steigt die Staatsverschuldung auf eine 40 mit zwölf Nullen 33

Michael Heine/Hansjörg Herr: Europa auf der schiefen Ebene An einer weitergehenden Integration führt kein Weg vorbei 38

Forum Gewerkschaften

Robert Hinke: Gewerkschaften in der Repräsentationskrise 42

Knut Lambertin: GKV-Beiträge: Belastet werden wieder die Beschäftigten 49

Ulrike Eifler: Ein Ort des Austauschs und der Kollektivität 53

Kapitalismuskritik | Buchbesprechung

Stephan Krüger: Finanzmarktkapitalismus als letztes Stadium?! 55

Klaus Kohlmeyer: Das laute Berlin 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 51

Veranstaltungshinweise 68

Isa Stolz: Die Odyssee (Filmkritik) 69

Supplement

Klaus Bullan/Stephanie Odenwald:

Die Wurzeln des Faschismus wirken« (Antonio Scurati)

Benito Mussolini und der italienische Faschismus – Scuratis dokumentarisches Romanprojekt

Unterstützer*innen:

Heinz Bierbaum, Ulrich Brinkmann, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Dieter Knauß, Klaus Pickshaus, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

Gewerkschaften in der Repräsentationskrise

von ■ Robert Hinke



Foto: IG Metall Bayern

Diagnosen einer Krise des westlichen Modells liberaler Demokratie bestimmen die politische Debatte. Populistische Herausforderungen von rechts münden regelmäßig in Plädoyers, unsere Demokratie tagtäglich aufs Neue zu verteidigen. Ideologiekritisch wird dabei meist versucht, die Programmatik rechtspopulistischer Parteien, Organisationen und ihrer Protagonist*innen zu entlarven. Während die Demokratie auf rhetorischer Ebene verteidigt wird, bleiben die tieferliegenden gesellschaftspolitischen Strukturprobleme weitgehend unterbelichtet. Generell

besteht die Neigung, moralischen Appellen gegenüber politökonomischen Analysen den Vorzug zu geben.

Zugleich besteht parteiübergreifend weitgehend Einigkeit darüber, dass der Rechtspopulismus auf ein Repräsentationsproblem verweist. Meist ist von einer vergessenen oder ungehörten Arbeiter*innenschaft die Rede, die sich im politischen Raum kaum noch repräsentiert sieht. Im gleichen Atemzug wird dabei der Sozialdemokratie eine Abwendung von Arbeiter*innen-Interessen vorgehalten; in dieser Deutung trägt sie die Hauptver-

antwortung für die gegenwärtige Krise.¹ Die Repräsentationskrise wird hierbei gerne auf ein politisch-kulturelles oder gar bloß kommunikatives Problem verkürzt. Ihre politisch-kulturellen Ursachen sind real; sie werden aber missverstanden, wenn ihre materiellen und institutionellen Grundlagen ausgeblendet bleiben.

Nicht nur der Politikbetrieb, auch die Gewerkschaften sehen sich angesichts veränderter und sich weiterhin verändernder Rahmenbedingungen einem anhaltenden Erneuerungsbedarf ausgesetzt.² Im Folgenden sollen einige für die Zeitdiagnose zentrale Felder der Repräsentationsproblematik skizziert und auf ihre Bedeutung für die gewerkschaftliche Strategiebildung hin befragt werden. Nicht zuletzt geht es dabei um die Frage, ob die Gewerkschaften selbst ein Repräsentationsproblem haben – und damit auch um ihr eigenes Selbstverständnis.

1. Repräsentationskrise als Ent-/Demokratisierung³

Um die Repräsentationskrise ernst zu nehmen und nicht im Appellativen zu verharren, muss man sich mit den Folgen eines sich verändernden politischen Systems, den systemischen Zwängen des Gegenwartskapitalismus und den Effekten Sozialer Medien für die Demokratie befassen. Andernfalls bleibt man bei einer moralinsauren Verteidigung des Status quo stehen, dessen gravierende Fehlentwicklungen mit dem Begriff der »Postdemokratie« (Crouch 2008) längst prägnant beschrieben sind. Dabei muss man die damit regelmäßig verbundenen Annahmen einer Elitenverschwörung, politischer Apathie oder bloßer Scheinpartizipation gar nicht teilen. Entscheidend ist vielmehr die Einsicht, dass demokratische Institutionen formal intakt bleiben können, während ihre repräsentative Substanz zunehmend erodiert (ebd.).

Die Krise hat dabei eine doppelte Bewegung. Einerseits vollzieht sich – in Anlehnung an Manow (2019, 2024) – eine »Entdemokratisierung der Demokratie«: Entscheidungen werden verlagert, entpolitisiert oder vermeintlichen Sachzwängen unterworfen. Andererseits verändert sich die politische Öffentlichkeit selbst. Mit Habermas gesprochen erleben wir einen »erneute[n] Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit« (Habermas 2022: 40). Social Media setzt einen Partizipationschub frei, der sich jenseits bestehender Repräsentationsstrukturen und vielfach gegen etablierte Repräsentant*innen richtet – und insofern als ambivalente »Demokratisierung der Demokratie« verstanden werden kann.⁴

1.1 Souverän ohne Souveränität

»Globalisierung« und über drei Jahrzehnte »Neoliberalismus« haben das fordistische Institutionensystem ausgezehrt. Demokratische Wahlen, Parteien, Parlamentarismus, Gewerkschaften, Flächentarifverträge etc. bestehen fort, von einem selbstbewussten Primat der Politik kann allerdings kaum noch gesprochen werden. Es ist wohl kein Zufall, dass der Rechtspopulismus mit der Finanzmarktkrise und ihren weitreichenden Folgen seinen Auftrieb nahm. Die Gründung der »Alternative für Deutschland« (AfD) erfolgte Anfang 2013, knapp zwei Jahre nach der Wahl des Adjektivs »alternativlos« zum Unwort des Jahres 2010. Hinter diesem Begriff verschanzte sich nicht nur

die Regierung Merkel zur Legitimierung unliebsamer »Entscheidungen«. Ein ähnlicher Gestus findet sich auch dort, wo politische Konflikte zu unhintergehbaren Tatsachen umgedeutet werden – wie jüngst bei Bundeskanzler Merz vor dem DGB-Kongress, als er die Rentenreform zu einer Frage von »Demographie und Mathematik« erklärte. Eine Demokratie, die sich in der Vollstreckung vermeintlicher Sachzwänge oder in den (Vor)Entscheidungen einer Expertokratie verliert, untergräbt das Politische der Politik – und damit die Essenz jeder Demokratie. Im Grunde wird exekutiert, statt repräsentiert. All dies liegt in der Logik des Neoliberalismus, der seit jeher versucht, Wirtschaft und Sozialpolitik vor demokratischer Einflussnahme abzuschirmen – auf Kosten der abhängig Beschäftigten.

1.2 Supranationale Politikverflechtung

Die Europäische Union, als neoliberal geprägtes Projekt konstituiert, folgte weitgehend dem Modell einer negativen Integration. Gemeinsame Standards wurden dabei vor allem über Deregulierung, Privatisierung und Minimalkonsense realisiert. Bürger*innen werden vornehmlich als Konsument*innen adressiert. Teilhabe stand und steht im Schatten der Output-Logik. Neue weltwirtschaftliche und geopolitische Herausforderungen (Finanzmarktkrise, Handelskriege, Industriepolitik, Technologieförderung, logistische Ketten, Militarisierung, Abwendung der USA etc.) haben der EU zu einem neuen Anspruch an Gestaltungsmacht verholfen. Dem Modus supranationaler Kooperation verhaftet, folgt die Entscheidungsfindung jenseits des Europäischen Parlaments nicht der Logik von Mehrheitsentscheidungen, sondern des »bargaining und contracting« (Michelsen/Walter 2013: 180). Der seit den 1990er-Jahren populäre Governance-Begriff reflektiert diese Entwicklung horizontaler Koordination (dem liberalen Ideal nach eine »Governance ohne Government«). Das ist schwerlich mit klassischen Prinzipien demokratischer Autorisierung, der Öffentlichkeit, der Transparenz oder der Zurechenbarkeit und Verantwortung vereinbar (ebd.: 180f.). Nicht unbedenklich, sofern man etwa bedenkt, dass um die 30% der Bundesgesetze der Umsetzung von EU-Recht dienen (Wimmel 2026). Im Ergebnis sieht man

Dr. Robert Hinke ist Landesfachbereichsleiter für Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft bei ver.di Bayern. Zuletzt schrieb er in Heft 7-8/2025 zum Dienstleistungsproletariat in Krankenhäusern und in Heft 12/2025 zur Organisation von Servicegesellschaften.

¹ Dass die BSW-Gründung als Abspaltung von der Linkspartei ebenso dieser Logik folgte, sich dabei dem Links-Rechts-Schema zu entziehen meinte, sei erwähnt. Zu Merkels Zeiten wurde hingegen die Sozialdemokratisierung der Union problematisiert, womit deren national- oder rechtskonservativer Flügel verweist wäre.

² Hinsichtlich des Bruchs mit dem Fordismus, siehe Hinke (2003); bezogen auf Suchbewegungen der Erneuerung Brinkmann u.a. (2008), Hinke (2008) und Schmalz/Dörre (2013).

³ Philip Manow hat im Titel seines 2020 aufgelegten Buches »Ent-« in Klammern gesetzt, was schon deshalb konsequent ist, da er die aktuellen populistischen Herausforderungen insgesamt eher als eine neue Etappe der Demokratisierung fasst und Kippunkte ins Autoritäre geradezu bagatellisiert.

⁴ Habermas (2022) selbst betrachtete das »gute Argument« einer deliberativen Demokratie als gefährdet, weshalb er anders als Manow (2024) weniger einen Demokratisierungsschub als eine Deformierung demokratischer Öffentlichkeit und ihrer Kriterien einer rationalen und verallgemeinerbaren Entscheidungsfindung am Werke sieht.

sich auf Pollaks (2007) »Repräsentation ohne Demokratie« verwiesen.

1.3 Die Öffentlichkeit eines negativen Souveräns

Den neuen Sozialen Medien kommt ein »revolutionäre[r] Charakter« (Habermas 2022: 41) zu. »Denn bei ihnen handelt es sich nicht bloß um eine Erweiterung des bisherigen Medienangebots, sondern um eine mit der Einführung des Buchdrucks vergleichbare Zäsur in der menschheitsgeschichtlichen Entwicklung der Medien.« (Ebd.) Das eigentlich Neue liegt in der Umgestaltung der »Gatekeeper« traditioneller Medien (Verlage, Chefredaktionen, Journalisten etc.): Jeder kann sich über digitale Plattformen, ohne jedweder redaktionellen Vermittlung oder Qualitätskontrolle zum Autor »ermächtigen« (ebd.: 44). Die damit einhergehenden Partizipationschancen haben die »Zugangshürden für die Teilnahme am öffentlichen Diskurs ... drastisch« (Manow 2024: 111) gesenkt. Im Ergebnis haben die Funktionseliten von Regierung, Verbänden und Parteien wie auch der Medien hinsichtlich der Öffentlichkeit einen erheblichen Kontrollverlust in Kauf zu nehmen. Das gilt insbesondere für das Agendasetting, das »ins Netz diffundiert« ist (ebd.: 115). Aber auch in den Parteien selbst werden herkömmliche Meinungs- und Willensbildungsverfahren und Gremienentscheidungen übergangen oder konterkariert. Bemerkenswert ist hierbei, dass das World-Wide-Web durchaus zu einer internationalen Kommunikation beiträgt, aber keine europäische Öffentlichkeit herbeiführt. Dies hat zum einen mit der nationalstaatlichen Zentrierung politischer Kommunikation zu tun, und zum anderen mit einer Fragmentierung des gemeinsamen politischen Raums zum Kampfplatz konkurrierender »Halböffentlichkeiten« (ebd.: 63). In diesen sich »selbsttragende[n] Echoräume[n]« (ebd.: 62) verschwimmt die Differenz von Privat und Öffentlich, womit sie ihren diskursiven oder deliberativen Bezug auf das Allgemeine verlieren. Gemäß der neoliberalen Präformierung der Bürger*innen zu Kund*innen wird auch »die Gesellschaft aus der Sicht von

Forum Gewerkschaften

Kunden betrachtet ... – launisch, ungeduldig, jederzeit fordernd, ohne selbst mitwirken zu wollen« (Michelsen/Walter 2013: 91). Republikanische Volkssouveränität verengt sich hier auf einen »negative[n] Souverän« (ebd.: 35), der Empörung organisiert, ohne als Aktivbürger*in positive Gestaltungsmacht anzustreben. Die Repräsentierten revoltieren, ohne selbst das Allgemeine repräsentieren zu wollen.⁵

1.4 Populismus – Ursache und Folge

Die politischen Folgen dieser drei Entwicklungsstränge bleiben so lange begrenzt, wie die sozioökonomischen Zukunftsperspektiven nicht als bedrohlich erscheinen. Stagnierendes Wachstum, Migration, Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel verschränken sich jedoch zu einer Bedrohungslage, die insbesondere die Arbeiter*innenschaft und traditionelle Mittelschichten als Gefährdung ihrer ökonomischen Perspektiven, ihres sozialen Status und ihrer kulturellen Werte wahrnehmen (Reckwitz 2017). Enttäuscht von der Politik wenden sich viele von ihr ab, weil sie sich durch sie nicht mehr repräsentiert fühlen. Parteien scheinen beliebig, Wahlen nichts zu verändern, die Interessen der Vielen keine Rolle zu spielen. Dies bildet seit jeher den Humus, auf dem wirksamer Populismus gedeiht. Auch die Schwäche der Arbeiter*innenbewegung selbst dürfte zur »Repräsentationslücke« beigetragen haben, die den Rechtspopulismus antreibt (siehe hierzu Dörre 2026).

Die eben skizzierte Analyse erlaubt es, rechtspopulistische Bewegungen als Ausdruck eines Repräsentationsproblems zu sehen, nicht als Ursache der Misere. »Man wird die (repräsentative) Demokratie gegen ihre Herausforderer schlecht verteidigen können, wenn man ihre gegenwärtigen Schwächen nicht thematisiert, weil man sich darin eingerichtet hat, Ursache und Folge zu verwechseln.« (Manow 2024: 23) Politisch fatal ist diese Verkehrung, da das Repräsentationsdefizit weder problematisiert noch angegangen wird, womit sich antiinstitutionelle, antipluralistische und im Grunde antipolitische Politik zu einer wachsenden Gefahr einer parlamentarisch verfassten rechtsstaatlichen Demokratie aufbaut. Die Korrekturfunktion des Po-

VSA: Praxistipps für Betriebsräte und Vertrauensleute

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Peter Müller
Strategische Betriebsräte
Ein Praxisbuch für erfolgreiche
Interessenvertretung von Beschäftigten
Mit einem Vorwort von Christoph Meister
(Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes)
176 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-264-6

Der Autor verbindet strategische Ansätze der Interessenvertretung mit konkreten Arbeitshilfen für die Praxis. Sein Buch enthält erprobte Vorgehensweisen, Muster-Kampagnenpläne, Argumentationshilfen und Beispiele, um Beschäftigte systematisch zu beteiligen und betriebliche Konflikte planvoll zu bearbeiten.

pulismus wird damit ignoriert. So können sich jene, die sich als Vertreter*innen des »wahren Volkes« inszenieren, als »wahre Demokrat*innen« gegen die Demokratie in Stellung bringen.

Dem Resonanzraum des Rechtspopulismus – einschließlich seiner marktlibertären Fundamentalisten à la Milei und der Tech-Eliten des Silicon Valley – wird man weder mit Entlarvung noch mit Beschimpfungen, Pathologisierung, Überholmanövern oder einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts beikommen – im Gegenteil.

2. Repräsentationsdefizit der Gewerkschaften!?!

Gewerkschaften sind Teil des institutionellen Systems der Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund liegt die Frage nahe, ob nicht auch die Gewerkschaften selbst ein Repräsentationsproblem haben. Bevor diese organisationspolitische Frage angemessen behandelt werden kann, muss zunächst der Begriff der Repräsentation genauer geklärt werden.

2.1 Begriffsbestimmung

Auch wenn heute unter demokratischer Repräsentation das Vertreten von Abwesenden verstanden wird, zielte es historisch gesehen auf den Ausschluss des gemeinen Volkes von der politischen Macht. Demokratie wurde – schon seit Aristoteles – mit Anarchie, Korruption und Verfall identifiziert, die zwangsläufig in Despotie mündet (Manow 2024: 30ff.; Michelsen/Walter 2013: 186f.). Die US-amerikanische Erfindung demokratischer Repräsentation am Vorabend der Französischen Revolution verhalf dem Begriff der Demokratie aus der Schmuddelecke. Sich dies zu vergegenwärtigen, hilft zu verstehen, dass Repräsentation immer auch auf der Unterscheidung von »Repräsentierbarem und Nicht-Repräsentierbarem« (Manow 2024: 37) beruht. Über mehrere Wellen der Demokratisierung wurde der Begriff immer inklusiver. Damit verschiebt sich der Diskurs von der Frage »wer mitentscheidet« zur Frage »was demokratisch zu entscheiden ist« (ebd.: 55). Die »soziale Demokratie« wird etwa rechtlich eingegegnet, damit die bürgerliche Eigentumsordnung unangetastet bleibt – in einem hegemonialen Sinne erst gar nicht Gegenstand des Politischen wird.

Der bis heute maßgeblich von Hanna F. Pitkin (1967) geprägte politikwissenschaftliche Begriff der Repräsentation ist – über seinen historischen Bedeutungswandel hinaus – auch deshalb schillernd, weil er mindestens vier grundlegende, empirisch verschränkte Repräsentationsbeziehungen bündelt: die formale Repräsentation (Autorisierung und Rechenschaft), die deskriptive Repräsentation (soziodemographische Spiegelung), die symbolische Repräsentation (Anerkennung, Zugehörigkeit, kollektive Identität) und die substanzielle Repräsentation (wirksame Interessenvertretung). Für die symbolische Anerkennung der Gewerkschaften ist die substanzielle Repräsentation sicher ausschlaggebend. Verfahren der Mandatierung und eine weitgehende Spiegelung der Beschäftigtenstruktur in den haupt- und ehrenamtlichen Funktionsstrukturen können diese Anerkennung zusätzlich stützen.

2.2 Repräsentationslogiken der Gewerkschaften

Wen oder was repräsentieren Gewerkschaften? Bis in die späten 1980er-Jahre dürfte es selbstverständlich gewesen sein, dass sie die Arbeitnehmerschaft oder die »Arbeit« als solche vertreten. Inzwischen hat sich – nicht zuletzt angesichts sinkender Mitgliederzahlen und der gängigen Organizing-Ansätzen immanenten »Philosophie« – bei der Mehrheit der Hauptamtlichen und bei vielen Ehrenamtlichen eine strikte Mitgliederorientierung durchgesetzt. Gewerkschaften erscheinen damit weniger als organisatorische Verdichtung von Klasseninteressen denn als »gewöhnlicher Interessenverbund ihrer Mitglieder« (Syrovatka 2025).

Diese Verschiebung ist folgenreich. Ein bloßer Mitgliederverband kann gesellschaftspolitische Gestaltungsansprüche nur noch begrenzt für sich reklamieren (vorrangig als Vetomacht partikularer Interessen). Auch Tarifautonomie wird dann kaum mehr als Ausdruck eines politischen Mandats der Gewerkschaften in der Ökonomie verstanden, sondern zu einem staatlich gewährten Rahmen privatautonomer Tauschgeschäfte umdefiniert. »Es dominiert die Logik des Marktes, nicht jene der Politik« (ebd.: 20). Gewerkschaften repräsentieren in dieser Perspektive keine Klasseninteressen mehr, sondern bündeln lediglich die spezifischen Interessen formal gleicher und freier Marktteilnehmer*innen. Die frühere Klassenorganisation wird so zu einer »Pressure Group« neben anderen. Das hat politische, verfassungsrechtliche sowie tarif- und arbeitsrechtliche Folgen, die die »institutionelle Macht« der Gewerkschaften weiter erodieren lassen (siehe Rödl/Syrovatka 2025).

Einem klassentheoretischen Gewerkschaftsverständnis nach haben Gewerkschaften – neben dem Kapital und der Politik – immer drei Adressaten im Blick: ihre Mitglieder, ehren- und hauptamtliche Funktionär*innen sowie abhängig Beschäftigte als solche. Daraus entstehen notwendig »demokratische Dilemmata« (Voss 2013). Hierbei muss man sich grundsätzlich vergegenwärtigen, dass das normale Mitglied mit der Gewerkschaft als Apparat üblicherweise gar nicht im Austausch steht. Vielmehr werden von diesen betriebliche Interessenvertretungen als Repräsentant*innen der Gewerkschaft gelesen.

Für die Gewerkschaft hingegen stehen »einfache Mitglieder« schon deshalb im Fokus, als sie nicht nur die Organisation finanzieren, sondern im Zweifelsfalle dem Aufruf zum Streik oder zu einer Protestkundgebung folgen sollen. Anders als Parteien, die gleichsam auf Mitglieder und deren Engagement im Zweifel verzichten bzw. zentrale Aufgaben (Werbekampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Befragungen etc.) delegieren können, bleiben die Gewerkschaften auf die Folgebereitschaft ihrer Mitglieder zwingend angewiesen.⁶ Das maßgebliche Scharnier zur Mitgliedschaft und den Belegschaften insgesamt sind

⁵ Die AfD strebt zwar an die politische Macht, wobei ihr Begriff des Allgemeinen völkisch ausgelegt doch sehr spezifisch ist. Faktisch bedient sie eher Disruptionsfantasien als ein positiv zu bestimmendes Gemeinwohl. Bemerkenswert ist daher, dass selbst eine Vielzahl der Wähler*innen der AfD diese nicht an der Macht sehen wollen.

⁶ Als prominenter Extremfall darf Geert Wilders rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden gelten: Wilders ist ihr Vorsitzender und zugleich ihr einziges Mitglied.

betriebliche – und in deutlich abgeschwächter Form – hauptamtliche Funktionär*innen. Repräsentation folgt weitgehend dem Muster von Beziehungsarbeit (Responsivität). Hauptamtliche und ehrenamtliche Funktionär*innen füllen die gewerkschaftlichen Gremien mit Leben und sind für die praktische und politische Ausrichtung der Gewerkschaften maßgeblich.

Schon aus Gründen ihrer Funktion als Solidar- und Kampfverband verfügen Gewerkschaften über relativ starke Vorstände, die als strategisches Zentrum agieren und branchenspezifische, betriebsgrößenbezogene, der Stellung in logistischen Ketten folgende, trägerbezogene, regionale, berufliche, soziale etc. Fliehkräfte einhegen – gleichsam fortwährend in responsiven Schleifen mit ihren Funktionär*innen (Mitgliederbefragungen [vielfach simultan mit Beschäftigtenbefragungen], Monitoring von Tarifbewegungen, Besprechungen etc.). Zumindest für Gewerkschaften, die – etwa im Unterschied zu Berufsgewerkschaften – nach dem Industrieverbandsprinzip verfasst sind, bedeutet Repräsentation immer mehr als die Artikulation vorhandener Präferenzen. Repräsentation ist hier eine politisch anspruchsvolle Vermittlungsaufgabe (Interessenaggregation unter Konfliktbedingungen).

Verkompliziert wird dies noch dadurch, dass Mitgliederorientierung unverzichtbar ist, aber nicht mit der Repräsentation allgemeiner Klasseninteressen gleichgesetzt werden kann. Dies kann man am Beispiel der Organisation weißer Flecken verdeutlichen. Sollen Ressourcen in nichtorganisierte Servicegesellschaften fließen, statt in bereits gewerkschaftlich gut erschlossene, aber unter laufendem Druck stehende Bereiche? Zudem ist zu erwarten, dass die Tarifierung von ausgegliederten Servicegesellschaften die Verhandlungsspielräume mit den Mutterhäusern schrumpfen lassen – auf Kosten der bisherigen Mitglieder. Wie sieht es mit Zukunftsbranchen aus, die überhaupt erst erschlossen werden müssen? Wie sollen sich Bundestarifkommissionen verhalten, wenn streikfähige Teilbranchen oder Berufsgruppen ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit der organisierten Mitglieder in anderen Bereichen durchsetzen wollen? Wie können eingeschliffene Routinen gewerkschaftlicher Arbeit für eine gewerkschaftliche Erneuerung durchbrochen werden, sofern dies mit einer Umwertung der bisherigen Arbeit und Ressourcentransfer einhergeht? Augenscheinliche Beispiele, die die Komplexität politischer Interessenzusammenführung belegen – der mit einer schlichten Mitgliederorientierung nicht beizukommen ist.

Genau darin liegt die Schwäche vieler aktueller Debatten um Basisorientierung, Demokratisierung der Tarifarbeit und stärkere Rückkopplung mit der Mitgliedschaft.⁷ Sie greifen Probleme auf, neigen aber dazu, das Repräsentationsproblem auf Beteiligungs-, Mandatierungs- und Legitimationsfragen innerhalb der bestehenden Mitgliedschaft zu verkürzen (formale und deskriptive Repräsentation). Damit gerät aus dem Blick, dass gewerkschaftliche Repräsentation nicht nur ein internes Organisationsverhältnis ist, sondern auf die substanzielle Artikulation kollektiver Klasseninteressen zielt.

Die Repräsentationsproblematik der Gewerkschaften bezieht sich über die Mitgliedschaft (Organisationsgrad, soziale Zusam-

mensetzung) hinaus vor allem auf zwei institutionalisierte Arenen: die Tarif- und Betriebsautonomie. In beiden Handlungsfeldern zeigt sich eine wachsende Repräsentationslücke. Die Tarifbindungsquote ist erschreckend rückläufig, was insbesondere auf den Bedeutungsverlust von Flächentarifverträgen zurückgeht. Zwischen 1998 und 2025 fiel die Tarifbindung in Westdeutschland von 76% auf 49%; in Ostdeutschland von etwa 63% auf 42%.⁸ Der Rückgang der Betriebsräte ist nicht weniger bedenklich. Waren 2010 noch 44% aller Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat beschäftigt, sind es heute nur noch 37%. Inzwischen arbeiten 48% der Beschäftigten der Privatwirtschaft in Betrieben ohne Tarifbindung und (!) Betriebsrat. Hier liegt die zentrale Achillesferse der gewerkschaftlichen Repräsentation. Über diese Handlungsfelder droht ihr deskriptiver, symbolischer als auch substanzieller Repräsentationsanspruch zu erodieren. Die gewerkschaftliche Repräsentation erweist sich hierbei als ausgesprochen selektiv. Mit der Betriebsgröße steigen sowohl der Organisationsgrad als auch die Wahrscheinlichkeit von Tarifbindung und Betriebsrat. Insofern ist die gewerkschaftliche Repräsentation weder schlicht intakt noch erodiert, insgesamt aber prekär.

Ohne ein klassentheoretisches Verständnis verengt sich Repräsentation auf Mitgliedschaft. Was auch insofern bedenklich ist, als die Gewerkschaften gerade in ihren Kernfeldern in erheblichem Maße auf die Beteiligungsbereitschaft von Nichtmitgliedern angewiesen sind. Streiks bedürfen meist der Unterstützung durch unorganisierte Kolleg*innen, sollen sie ihr ökonomisches Druckpotential entfalten. Betriebliche Interessenvertretungen werden zwar als gewerkschaftliche Repräsentant*innen wahrgenommen, aber mehrheitlich von Nichtmitgliedern gewählt. Auch betriebs- und personalverfassungsrechtlich sind sie der gesamten Belegschaft verpflichtet.

Allenfalls in der historischen Ausnahmesituation zu Beginn der Weimarer Republik organisierten Gewerkschaften die Mehrheit der abhängig Beschäftigten.⁹ Dennoch hinderte sie nichts daran, über ihre Mitgliedschaft hinaus für die Interessen der Arbeit als gesellschaftlicher Kraft zu sprechen. Gerade dieser Anspruch ist für ihre institutionelle Macht zentral. Nimmt man hinzu, dass die politische, tarifliche und betriebliche Wirksamkeit der Gewerkschaften auch von der gesellschaftlichen Anerkennung jenseits ihrer Mitglieder abhängt, bleibt diese Perspektive unverzichtbar.

Interne Willensbildung bleibt selbstverständlich eine fortlaufende Baustelle. Doch gewerkschaftliche Repräsentation darf nicht auf Beteiligungsverfahren innerhalb der bestehenden Mitgliedschaft reduziert werden. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, Mitgliederorientierung und Klassenrepräsentation so zu vermitteln, dass Gewerkschaften weder zu abstrakten Apparaten noch zu partikularen Mitgliederverbänden werden. Ihre Revitalisierung entscheidet sich vielmehr daran, ob sie die Interessen der abhängig Beschäftigten insgesamt politisch artikulieren und gesellschaftlich wirksam machen können.

3. Gewerkschaftliche Schlussfolgerungen

Anders als in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, als Vorstellungen einer gesellschaftspolitischen Neuordnung in den Gewerkschaften noch programmatisch verankert waren, identifizieren sie sich inzwischen weitgehend mit der bestehenden politischen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik. Angesichts der beschriebenen Folgen kapitalistischer Globalisierung und neoliberaler Sachzwangspolitik sowie supranationaler Politikformen, die sich klassischer demokratischer Zurechenbarkeiten entziehen, einer fragmentierten Öffentlichkeit, in der traditionelle Vermittlungsinstanzen der Willensbildung an Autorität verlieren sowie der Erosion von Tarifbindung und Mitbestimmung (»Industrial Democracy«) ist dies durchaus befremdlich und wenig zukunftsweisend. Die moralische Verteidigung des Status quo trägt zur Vertiefung der Repräsentationskrise bei. Dadurch laufen die Gewerkschaften Gefahr, mit einem politischen System defizitärer Interessenrepräsentation in eins gesetzt zu werden.

Genau dieses Framing verfolgt die AfD-Vorfeldorganisation »Zentrum«, wenn sie DGB-Gewerkschaften als »etabliert«, »bisherig« und staatsnah markiert. Unter Verweis auf eine angeblich »enge Verflechtung mit der politischen Klasse« spricht sie ihnen die Unabhängigkeit ab, deutet Korruption an und ordnet ihre Funktionär*innen dem Establishment zu. Im Grunde wird den Gewerkschaften damit ihr Repräsentationsanspruch in all seinen Ausprägungen abgesprochen.¹⁰

Entscheidend für die gewerkschaftliche Revitalisierung ist, ob es den Gewerkschaften gelingt, ihren gesellschaftspolitischen Anspruch neu zu begründen: als politisches Mandat der Arbeit, das über die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder hinaus die Interessen der abhängig Beschäftigten insgesamt artikuliert. Sie dürfen sich daher nicht auf die Rolle eines schlichten Mitgliederverbandes reduzieren lassen. Ihr Repräsentationsanspruch zielt darauf, die Interessen der Arbeit als gesellschaftliche Kraft sichtbar, konfliktfähig und durchsetzungsfähig zu machen. Die Verteidigung der Demokratie kann deshalb nicht bei institutioneller Loyalität stehen bleiben. Es geht darum, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie über die »soziale Demokratie« mit neuem Leben zu füllen und gleichsam über sich hinaus auszudehnen. Die anstehenden Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozi-

**Forum
Gewerkschaften**

⁷ Empfohlen sei hier der ebenso kurze wie instructive Beitrag von Kim Voss (2013). Zur immerwährenden Debatte um die Dialektik von Zentralisierung und Dezentralisierung der Gewerkschaften eröffnet die Gewerkschaftsliteratur der 1970er-Jahre weiterhin wichtige Lehren (s. etwa den Sammelband von Bergmann 1979).

⁸ Zu diesen Daten sei auf das kontinuierliche Monitoring durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) verwiesen: www.wsi.de.

⁹ Sofern man die obligatorische Mitgliedschaft der »Werkstätigen« der DDR im FDGB unberücksichtigt lässt.

¹⁰ Ein kurzes Scrollen auf den noch zurückhaltend formulierten Seiten des »Zentrum« belegt dieses Framing; www.zentrumgewerkschaft.de (14.6.2026).

Elon Musk & Friends

Der umtriebige Unternehmer hat es mit seinen Giga-Fabriken, E-Autos und den Geschäftsfeldern der New Space Economy zum reichsten Kapitalisten der Moderne gebracht.

Er beschimpft Jean-Jacques Rousseau, den Philosophen des kapitalistischen Zeitalters, als diabolisches Arschloch, weil dieser für die Konjunktur der French Theory verantwortlich sei. Deren Vertreter – etwa Foucault und Derrida – hätten die ideologischen Waffen des »Wokeismus« ausgearbeitet und verbreitet, die nun den Westen lähmen. Dieses geistige Gift zerstöre die Zivilisation und damit Eigentum, Hierarchie, Traditionen und Institutionen.

Den überreichen Kämpfern des »anti-woken« Zeitgeistes und ihren rechten Systemveränderer-Friends muss mit – durchaus unterschiedlichen – linken Positionen Widerstand entgegengesetzt werden. Diesen Widerstand wollen wir mit dem Publikationsprojekt Sozialismus.de durch Hintergrundanalysen und Argumenten auf der Internetseite und in den gedruckten Ausgaben verstärken.

Dafür bitten wir um größere oder gar regelmäßige, aber auch kleine Spenden an:

Sozialistische Studiengruppe e.V./Redaktion Sozialismus
IBAN: DE63 4306 0967 2046 2368 00 | BIC GENODEM1GLS

Neue Leser*innen und vor allem Abonnent*innen zu gewinnen, hilft ebenfalls, Probehefte und Prospekte stellen wir dafür bereit. Sie können angefordert werden über www.sozialismus.de/spezialnavigation/werbematerial.

Der QR-Code führt auf die Spendenseite im Netz.



Spenden für Sozialismus.de helfen!

alstaates sollten deshalb nicht allein defensiv geführt werden, sondern als Auftakt für eine weitergehende Erneuerung »sozialer Demokratie« begriffen werden.

In einer fragmentierten Medienlandschaft konkurrierender »Echokammern« reicht es hierbei nicht, der rechtspopulistischen Empörungskultur eine eigene Empörungsrhetorik entgegenzusetzen. Gewerkschaftliche Stärke liegt nicht darin, Empörung digital zu imitieren, sondern darin, aus ihr organisierte Handlungsfähigkeit zu machen. Dazu müssen Erfahrungen von Unsicherheit, Kontrollverlust, Überlastung und Missachtung in kollektive Deutungen und solidarische Interessen übersetzt werden. Dies gelingt nicht allein über Kampagnenkommunikation, sondern vor allem über die aus Kollegialität hervorgehende Solidarität im betrieblichen Raum (siehe auch Detje/Sauer 2023).

Forum Gewerkschaften

Besondere Bedeutung kommt folglich der gewerkschaftlichen Betriebspolitik zu. Im Betrieb entscheidet sich, ob abstrakte Repräsentationsansprüche praktisch erfahrbar werden. Hier werden die großen gesellschaftlichen Umbrüche konkret: als Arbeitsverdichtung, Personalnot, Qualifikationsdruck, Standortunsicherheit, Entwertung von Erfahrungswissen etc. Betriebspolitik darf deshalb nicht auf Mitbestimmungsroutinen, Einzelfallberatung oder submanageriale Begleitung betrieblicher Anpassungsprozesse reduziert werden. Sie muss politische Entscheidungen in ihren Folgen für Betriebe und Beschäftigte sichtbar machen – und umgekehrt betriebliche Konflikte als gesellschaftliche Konflikte in den politischen Raum zurücktragen. Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik gilt es substantiell miteinander zu verzahnen.

Dieser erweiterte Repräsentationsanspruch ist gerade angesichts der sozial-ökologischen Transformation unverzichtbar. Dekarbonisierung, Digitalisierung und wirtschaftlicher Wandel dürfen nicht als Prozesse erscheinen, in denen Beschäftigte lediglich Anpassungsleistungen zu erbringen haben. Gewerkschaftliche Transformationspolitik muss Beschäftigungssicherung, Qualifizierung, industrielle Erneuerung, Arbeitszeitpolitik, öffentliche Investitionen und Mitbestimmung miteinander verbinden. Nur so lässt sich verhindern, dass Transformation vor allem als Statusverlust, Kompetenzentwertung und kulturelle Entwertungserfahrung wahrgenommen wird. Beschäftigte müssen als Subjekte einer demokratisch gestalteten wirtschaftlichen Entwicklung auftreten können.

Zugleich kann gewerkschaftliche Repräsentation angesichts europäischer und globaler Verflechtungen nicht im nationalstaatlichen Rahmen stehen bleiben. Dass sich die Gewerkschaften um eine deutlich stärkere europäische Koordination ihrer Schwerpunkte und Zielsetzungen sowie um eine europäische Öffentlichkeit »von unten« bemühen müssen, um wirksam Einfluss auf die Europäische Union zu nehmen, ist nicht neu. Ein solches Agieren dürfte zugleich die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft in den nationalen politischen Arenen stärken. Die aktuellen Austeritätsprogramme überwiegend konservativer, rechtsnationaler oder rechtspopulistischer Regierungen legen koordinierte Kampagnen gegen Kürzungen der Sozialhaushalte und für die Sicherung sowie den Ausbau der Daseinsvorsorge nahe.¹¹ Dabei müssten die Forderungen nicht identisch sein; ent-

scheidend wäre vielmehr eine gemeinsame inhaltliche Klammer, verbunden mit zeitlich abgestimmten Aktionsformen. Eine solche europäische Kampagnenfähigkeit könnte sichtbar machen, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht an nationalen Grenzen endet, sondern soziale Rechte, öffentliche Infrastruktur und demokratische Teilhabe als gemeinsame europäische Anliegen formuliert. Dies wäre zugleich ein wichtiger Schritt symbolischer Repräsentation: Die Gewerkschaften würden als europäische Arbeiterbewegung sichtbar, die soziale Rechte gegen Austerität, Standortkonkurrenz und nationalistische Spaltung verteidigt und Mitsprache einfordert.

Literatur

- Bergmann, J. (Hrsg.) (1979): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt a.M.
- Brinkmann, U./Choi, H.-L./Detje, R./Dörre, K./Holst, H./Karakayali, S./Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Detje, R./Sauer, D. (2023): Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Hamburg.
- Dörre, K. (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitrevolution, Berlin.
- Dörre, K. (2026): www.woz.ch/2618/gewerkschaften-und-autoritarismus/die-rechte-hat-es-geschafft-einen-glauben-zu-erzeugen.
- Habermas, J. (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Frankfurt a.M.
- Hinke, R. (2003): Von der Krise des Fordismus zur Krise der Gewerkschaften. In: GMH, 54. Jg., H. 8–9, S. 526–536.
- Hinke, R. (2008): »Eastanizing«. Gewerkschaftliche Herausforderung Ostdeutschland. In: Prokla, 38. Jg., H. 150, S. 113–128.
- Manow, Ph. (2019): Die Politische Ökonomie des Populismus, Frankfurt a.M. (3. Aufl.).
- Manow, Ph. (2024): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt a.M. (2. Aufl.).
- Michelsen, D./Walter, F. (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin.
- Pitkin, F. H. (1967): The Concept of Representation, Berkely/Los Angeles/London
- Pollak, J. (2007): Repräsentation ohne Demokratie. Kollidierende Systeme der Repräsentation in der Europäischen Union, Wien/New York.
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt a.M.
- Rödl, F./Syrovatka, F. (Hrsg.) (2025): Tarifbürgerschaft. Die Tarifautonomie in der modernen Demokratie, Frankfurt a.M./New York.
- Syrovatka, F. (2025): Tarifbürgerschaft. Zur demokratischen Essenz der Tarifautonomie – eine Einleitung. In: Rödl, F./Syrovatka, F. (Hrsg.) (2025): Tarifbürgerschaft, a.a.O., S. 9–33
- Voss, K. (2013): Innergewerkschaftliche Demokratie und die Erneuerung der Gewerkschaften. In: Schmalz, S./Dörre, K.: Comeback der Gewerkschaften? Frankfurt a.M., S. 56–72.
- Wimmel, A. (2026): Europäisierung der Bundesgesetzgebung auf dem Prüfstand: Die Umsetzung von EU-Recht nach Politikbereichen. In: Politische Vierteljahresschrift; link.springer.com/article/10.1007/s11615-026-00647-9#article-info.

¹¹ Von den 27 EU-Mitgliedsländern sind allein Dänemark, Spanien, Malta und – bislang – Litauen als sozialdemokratisch zu charakterisieren.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

